

Gegenstand: Haushaltssatzungen 2011 mit den Haushaltsplänen der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung, der Waisenhausstiftung und der Kolbstiftung - Haushaltsreden der Fraktionen

Haushaltsrede CDU - Dr. Gottfried Jung:

In seiner Haushaltsrede verweist Herr Dr. Jung auf den Rhein als Landesgrenze zwischen Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, die für die Menschen kaum eine Rolle spielt, für die Kommunen aber eklatante Unterschiede in der Finanzausstattung durch die beiden Länder bedeutet. Er nimmt Bezug auf den später zu beratenden Antrag der CDU zur Teilnahme am kommunalen Entschuldungsfond des Landes. Die dort zu führenden Verhandlungen werden in einem Vertrag münden, den der Rat zu beschließen hat.

Ein Schwerpunkt der kommunalen Arbeit der CDU sei die Schaffung eines familienfreundlichen Speyer. Aber alleine bei den Erziehungshilfen mussten in der letzten drei Jahren 23 Mio. € zusätzlich ausgegeben werden, das ist rund die Hälfte der Ausgaben für Kindertagesstätten u.ä. im gleichen Zeitraum.

Er bezeichnet die Kommunalverwaltungsreform als vertane Chance und bezieht sich dabei auf den Kommunalbericht des LRH 2010. Sein Fokus richtet sich auf eine mögliche, kommunale Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden, die ausgestaltet werden könnte wie die Arbeit in den Verbandsgemeinden. Alternativ wäre auch ein Bündel technischer Dienstleistungen zwischen Stadt und Gemeinden denkbar, wie das bei den Stadtwerken bereits zum Teil realisiert ist.

Als zentrale Parameter für die Gestaltung des Profils Speyers nennt er:

- Speyer – eine Stadt für Kinder, Jugend, Familien und Senioren
- Speyer – eine Stadt der Wirtschaft
- Speyer – eine Stadt voller Energie
- Speyer – eine Stadt der Kultur
- Speyer – eine Stadt, die bürgerschaftliches Engagement stark macht

Bezüglich der Weiterentwicklung der Einkaufsstadt Speyer sieht der das Erfordernis, das GMA-Gutachten fortschreiben.

Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung regenerativer Energieträger stellt die CDU folgenden

Antrag: Verwaltung und Stadtwerke sollen im Raum Speyer und den Nachbargemeinden neue Anbauflächen für Pflanzen zur weiteren Gewinnung regenerativer Energie in Biogasanlagen suchen.

Er stellt auch einen Zusammenhang zwischen der Kulturhochburg Speyer und der Touristenhochburg Speyer her, der nicht vernachlässigt werden darf. In diesem Zusammenhang ist eine Überprüfung der strategischen Ausrichtung des Fremdenverkehrswesens notwendig. Die CDU kündigt hierzu die Vorlage eines Antrages an.

Ziel der CDU-Politik ist die Schaffung einer Bürger- und keiner Stimmungsgesellschaft. Dazu gehört auch die Einbringung des ehrenamtlichen Engagements über Parteiinteressen hinweg.

Er schließt seine Rede mit der Feststellung, dass mit dem Ausscheiden von OB Schineller wahrlich eine Ära zu Ende geht.

Die CDU stimmt dem Haushaltsentwurf 2011 zu.

Haushaltsrede SPD - Walter Feiniler:

Herr Feiniler beginnt seine Haushaltsrede mit einem Vergleich zu den Haushalten seit Übernahme des Amtes von Dr. Roßkopf 1995 und konstatiert eine Steigerung des Defizits um knapp 490 %.

Diese Steigerung der Verschuldung ist jedoch nicht die Schuld des OB, sondern ist der Ausfluss aus strukturellen Problemen. Er bezeichnet es allerdings als scheinheilig, nur Hilferufe nach Mainz absetzen, ohne eigenes Zutun. In seinen Ausführungen zum Entschuldungsfond des Landes geht er von einer nachhaltigen Wirkung aus. Die SPD hält es aber verfrüht, über eine solche Beteiligung endgültig zu entscheiden, wie von der CDU heute beantragt. Er fordert daher, eine dauerhafte Arbeitsgruppe dazu zu bilden und regt eine Sondersitzung zur Information aller Ratsmitglieder und danach einen gemeinsamen Antrag quer durch alle Fraktionen an. Alle Schuld der Landesregierung zuzuschieben, sei allmählich abgedroschen. Auch die schwarz-gelbe Bundesregierung belastet die Kommunen mit ihrer einseitigen Politik:

Er erwähnt das Bund/Länder-Programm "Soziale Stadt", das erfolgreich den Auswirkungen langjähriger gesellschaftspolitischer Fehlentwicklungen gegensteuert. Die geplanten Bundeskürzungen gehen überwiegend zu Lasten dieses Programms.

Gleiche Entwicklungschancen bezeichnet er als Kernaufgabe sozialdemokratischer Politik. Er ist stolz auf die Entwicklungen im KiTa-Bereich, die auch vom Land gefördert werden. Wichtig ist es auch, die Situation der Alleinerziehenden mit Kindern unter 2 Jahren im Auge behalten. Er beurteilt die Schulentwicklung in Speyer positiv. Jedoch ist eine Ausweitung der Schulsozialarbeit auch auf Grundschulen erforderlich. Die SPD appelliert bezüglich einer weiteren finanziellen Unterstützung an die Landesregierung und die Stiftung für Bildung und Sport.

Die Schere zwischen Armut und privatem Reichtum klafft immer weiter auf. Die SPD hält eine ungeschönte Analyse der Vermögenssituationen in der Stadt in Form eines Armuts- und Reichtumsberichtes erforderlich, für den eine kontinuierliche Fortschreibung notwendig ist.

Im Bezug auf ehrenamtliche Betätigung erwähnt er besonders die Speyerer Tafel.

Weiteres Thema ist die Wohnungssituation und Bebauungspolitik in der Stadt - auch im Zusammenhang mit Erlus. Die Kostenübernahme für den Wettbewerb zu Gunsten eines Investors ist nicht akzeptabel. Es entsteht wieder Wohnraum nur für eine bestimmte Klientel. Die soziale Balance droht verloren zu gehen. Dem entgegen zu wirken, wie auch seniorengerechtes Wohnen zu schaffen, ist Aufgabe der GEWO und anderer Baugesellschaften. Er kritisiert, dass die Gremien in ein - an sich gutes - neues Seniorenmodell der GEWO erst bei weitem Fortschritt einbezogen wurden. Es sind Quartierpläne erforderlich. In Speyer-Nord z.B. besteht nur noch die Möglichkeit einer Grundversorgung.

Die Verwaltung wird aufgefordert, sich zu überlegen, welche alternativen Nutzungsmöglichkeiten für die Postgalerie bestehen. Die Stadt kann nicht zusehen, wie ein exponiertes Gebäude langsam verrottet.

Für die SPD sind regenerative Energien aus Biogasanlagen und Kleinversorgungsanlagen nachhaltig, nicht das Abenteuer mit dem Fernwärmeanschluss an die MVV.

Weiterhin fordert die SPD, die Kulturszene durch einen Nachwuchspreis zu fördern und Open-Air-Veranstaltungen wieder in die Stadt zu bringen. Für Rentner und Hartz IV-

Empfänger sollte ein Kartenkontingent durch Sponsoren bereitgestellt werden. Die Migrationsbeiräte sollten gestärkt werden. Der OB sollte diesen Bereich selbst übernehmen oder der Bürgermeisterin zuordnen.

Die SPD wird dem Haushalt zustimmen. Den Haushaltsplan der FSL lehne sie jedoch ab.

Haushaltsrede SWG - Hermann Preuß:

Für Herrn Preuß werden im Haushalt 2011 die negativen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und die Ohnmacht hinsichtlich der Pflichtausgaben, insbesondere im Teilhaushalt 4, sichtbar.

Bei allen Rettungspaketen für Banken und die Wirtschaft wirft der die Frage auf, wo die Hilfestellungen der Bundesregierung für die Kommunen bleiben.

Wie die anderen Fraktionen auch fordert die SWG ein verändertes Denken bezüglich der Kommunal- und Verwaltungsreform. Ohne Beteiligung der kreisfreien Städte ist diese zum Scheitern verurteilt. Wörtlich äußert er: "Speyer muss wachsen, auch über seine Grenzen hinaus".

Er verlangt einen strikten Sparwillen und formuliert folgende Eckpunkte für ein Konsolidierungsprogramm:

- Haushaltsbudgetierung, Deckelungen von Ausgaben,
- Nutzung von Synergien,
- Erstellung eines Doppelhaushalts,
- Beteiligungsverfahren der Bürgerschaft,
- Kommunaler Entschuldungsfonds.

Das Funktionieren von Bürgerbeteiligung und Bürgerhaushalt erläutert er am erfolgreichen Beispiel der Stadt Freiburg.

Hinsichtlich der Teilnahme am Entschuldungsfonds kritisiert er, dass die Finanzierung zu stark zu Lasten der Kommunen geht. Erfreulich hingegen sei, dass Speyer zum wiederholten Male als mittelstandsfreundlichste Stadt im Land ausgezeichnet wurde.

Die SWG-Fraktion stimmt dem Haushaltsentwurf zu.

Haushaltsrede Bündnis 90/Die Grünen - Johannes Jaberg:

Herr Jaberg verweist in seiner Haushaltsrede auf den sehr entscheidenden Ratsbeschluss 2010 zu Speyer regenerativ 100 %. Dabei müssen alle an einem Strang ziehen, nicht nur Verwaltung, GEWO und Stadtwerke. Auch die kommunalen Satzungen, z.B. Altstadtsatzung, müssen diesbezüglich einer Betrachtung unterzogen werden. Die Entscheidungen der Bundespolitik bezeichnet er als kontraproduktiv, ebenso wie die örtliche Entscheidung zum Fernwärmebezug der MVV. Bündnis 90/Die Grünen regen an, zusammen mit der Sparkasse ein Energie-Einsparprogramm aufzulegen.

Das Konnexitätsprinzip muss auch für Bundesgesetze gelten. Der Bund streicht Mittel für die Unterkunft von Beziehern des ALG II und verteilt gleichzeitig Steuergeschenke an Besserverdienende. Das belastet die Kommunen zusätzlich und festigt soziale Ungerechtigkeiten.

Die Idee des neuen OB, Querschnittsaufgaben zusammenzulegen, wird seitens der Grünen begrüßt.

Für ihn bedeutet Integration Bildung von Anfang an, er begrüßt daher das Programm "Lernen vor Ort". Gleichzeitig regt er die Bildung eines ehrenamtlichen Vereins an, der Lesekompetenzen fördern könnte.

Wie die SPD-Fraktion fordern die Grünen einen weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit.

In der Baupolitik ist der demografische Wandel zu beachten. Er schlägt vor, einen Runden Tisch - Barrierefreies Wohnen in Speyer - zu etablieren. Die Bevölkerungszahl sinkt und damit wird Wohnraum frei. Daher sollte es aus seiner Sicht keine weitere Verdichtung durch Ausweitung der Bebauungsgebiete geben.

Der Verkehrsentwicklungsplan 2020 entwickelt sich nach seiner Ansicht zunehmend zu einem Bremsklotz für die Verkehrslenkung in der Stadt, weil alle Verkehrsentscheidungen vertagt werden, bis dieser vorliegt. Das Fahrrad gewinnt als Beförderungsmittel zunehmend an Bedeutung. Er kritisiert, dass an Schulen manche Eltern ihre Kinder am liebsten ins Klassenzimmer fahren würden und so Gefahrensituationen erst schaffen.

Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich ausdrücklich für die Beibehaltung des Tempolimits auf der B 9 aus.

Aus seiner Sicht sind Bürgerbewegungen wie "Stuttgart 21" keine Gefahr für, sondern neue Formen von Demokratie und als Gegenströmungen zur Parteienverdrossenheit zu sehen. Eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Haushaltserstellung und weitere basisdemokratische Elemente wie Bürgerentscheide sollten eingeführt werden.

Bündnis 90/Die Grünen stimmen dem Haushalt und dem Stellenplan - mit Ausnahme der Flugplatzangelegenheiten - zu.

Haushaltsrede BGS - Claus Ableiter:

Haushaltsdebatten zeichnen sich laut Herrn Ableiter als Generalabrechnung der Opposition mit den aktuell Regierenden ab. Dieses Mal steht ein Epochenwechsel an. Er zieht insgesamt eine negative Bilanz der Ära Schineller. Hervorgehoben wird die "Schuldenlüge" der Stadt Speyer. Die Kassenkredite sind längst echte Schulden in Höhe von 186 Mio. €, die jedoch nicht dem Oberbürgermeister angelastet werden können.

Er spricht auch von der "Landeslüge" des Dr. Jung. Das Land enthält Kommunen zustehendes Geld nicht vor, sondern hat schlicht keines zu verteilen. RLP ist zu klein, sich eine eigene Landesregierung zu leisten. Er konkretisiert dies am Beispiel Pensionsfond, für den Mittel aufgenommen werden, um sie anschließend wieder von sich selbst zu leihen. Der Kommunale Entschuldungsfonds hat zumindest zur Folge, dass alle Kassenkredite in echte Schulden umgewandelt werden. Er wird aber im Wesentlichen aus dem Geldmarkt finanziert.

Bei der Durchsicht des Stellenplans musste die BGS zur eigenen Überraschung feststellen, dass eher Personalunterbesetzungen vorliegen. Hier sind keine Einsparungen möglich. Gespart wurde auch im Bereich der Traditionseinrichtungen Altenheim und Krankenhaus, die kurzerhand abgewickelt wurden, anstatt sie in schwarze Zahlen zu führen.

Die BGS wird nicht aufhören, gegen den Flughafen zu kämpfen, bis er für Düsenflugzeuge gesperrt wird, weil die Einflugschneise mitten über die Stadt und das Weltkulturerbe führt, auch wenn sich der Bischof offenbar für seinen eigenen Dom nicht interessiert.

Er fordert, die SWS stärker im Bereich regenerative Energien einzusetzen. Speyer sei dabei weit zurück. Alle Maßnahmen der alternativen Energiegewinnung machen gerade 1 bzw. 1,4 % Reduzierung gegenüber den Gesamtemissionen der Stadt aus. Dies sei eine armselige Bilanz. Allein die Beteiligung an der Windkraftanlage im Hunsrück brachte 0,63 %. Zwei

weitere Anlagen dieser Art würden alle anderen Maßnahmen zusammen aufwiegen. Von Biogas bis Windkraft kann die Stadt noch viel auf diesem Sektor unternehmen.

Das Programm Soziale Stadt ist eine wichtige Investition in die Menschen. Die Streichung des Bundes betrifft genau diese Leistungen.

Die Stadt hat in den vergangenen Jahren ihre Schulen systematisch verwahrlosen lassen. Durch das Konjunkturpaket II ist da zwar viel passiert, er bezeichnet es aber schade, dass es eine Weltwirtschaftskrise für diese Investitionen gebraucht hat.

Diejenigen die Steuern zahlen können, müssen wieder herangezogen werden. Die Steuervergünstigungen des Bundes kosten das Land 36 Mrd. €, kommen aber weder der Konjunktur noch sonstigen Maßnahmen zu Gute. Die erkennbaren Verschiebungen zu Gunsten des Kapitalmarktes führen zur weiteren Verschuldung der Kommunen für die Aufgabenwahrnehmung elementarer Dinge.

Die steigenden Sozialausgaben durch mangelnde Einkommen bringt er auf den Nenner: Systematische Verelendung der Bevölkerung führt auch zur Verelendung der Haushalte.

Er erkennt mehrere gesteuerte Einwanderungswellen aus Südeuropa, Jugoslawien, der Türkei und der ehemaligen Sowjetunion, um die Löhne zu drücken. Die ehrenamtliche Arbeit des Ausländerbeirates wurde bislang wenig beachtet. Die BGS unterstützt dessen Forderung nach Mittelerhöhung. Der Beigeordnete stört die Arbeit des Beirates durch falsche Darstellung von Aussagen des Beiratsvorsitzenden. Ein solcher Skandal muss zur Folge haben, dass dieser Beigeordnete zurücktreten muss, dann kann man gleich auch das Geld einsparen.

Haushaltsrede FDP - Dr. Heinz-Dieter Jakumeit:

Das Trauma des Kommunalpolitikers sind nach Auffassung von Herrn Dr. Jakumeit die Kassenkredite. Ein konsequentes Konnexitätsprinzip hätte zur Folge, dass die Kommunen keinen Entschuldungsfond bräuchten. Rheinland-Pfalz bildet das Schlusslicht beim kommunalen Finanzausgleich in der Bundesrepublik. Der Entschuldungsfond bietet allerdings auch gewisse Chancen. Die FDP beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung der erforderlichen Verträge, ein Abschluss sollte aber erst nach umfassender öffentlicher Beteiligung erfolgen.

Bei den erneuerbaren Energien setzt die FDP auf marktwirtschaftliche Faktoren. SPD und BGS verweigern sich bei der Einweihung einer von Bund und Land geförderten Maßnahme durch die Umweltministerin mit demonstrativer Abwesenheit.

Unter SPD-Führung fiel RLP in das Mittelmaß zurück. Die Ausgaben für Bildung sind nicht ausreichend. Für eine Schulstadt wie Speyer sieht er eine problematische Entwicklung. Der Chancengerechtigkeit in der Bildung gilt das Hauptaugenmerk der FDP. Die Einrichtung eines Wirtschaftsgymnasiums, die eine sofortige Auswirkung auf das Bildungsangebot hätte, wird der Stadt durch die Landesregierung ohne ausreichende Begründung verweigert. Gewollt hingegen ist eine Oberstufe an der IGS, die noch 5 Jahre auf sich warten lässt. Dies findet nicht die Zustimmung der FDP.

Das Integrationsangebot hat sich zunehmend in eine Integrationsverpflichtung gewandelt. Die professionelle Arbeit durch Einrichtungen wie die VHS wird durch die FDP besonders unterstützt. Er sieht in der Gründung der *spefa* im September 2010 mit freiem Spiel von Angebot und Nachfrage eine nachhaltige Möglichkeit zur Förderung der Ehrenamtstätigkeit im Spannungsfeld zwischen staatlichen Institutionen und Familie sowie als Zeichen für die zunehmende Bedeutung der Zivilgesellschaften.

Haushaltsrede REP - Alois Röbosch:

Nach Ansicht von Herrn Röbosch muss ein Vater gleichwohl auch ein Landesvater für seine Familie sorgen. Die Landesschulden sind erdrückend mit - seines Wissens - 3,2 Mio. € Zinsen pro Tag. Er sieht die Politik den Bürgern und Kindern gegenüber verpflichtet, die Ausgaben massiv zu senken. Die etablierten Parteien reden viel, setzen aber konkret nichts um. Im Rat antragstellende Fraktionen sollen sich vor dem Durchdrücken ihrer Vorstellungen auch ein Finanzierungsangebot überlegen und mit vorlegen.

Er hat bereits 2004 seine Sorge mit Blick auf die Auswirkungen von Hartz IV geäußert. Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, werden im Fall von Arbeitslosigkeit behandelt wie Möbelstücke. Von Sozialmissbrauch dagegen hört man viel, aber es wird nichts dagegen unternommen. Man muss tolerant sein, heißt es immer.

Die Republikaner fordern, dass die Stadt ihre Aufträge an solche Firmen vergeben muss, die in Speyer ansässig sein.

Er spricht dem Seniorenstift der Bürgerhospitalstiftung seinen Glückwunsch für das hervorragende Ergebnis der letzten Überprüfung aus.

Die Republikaner stimmen dem Haushalt bedingt zu, verbunden mit der Forderung, unverzüglich einen Sparmaßnahmenkatalog zu erarbeiten.

Haushaltsrede Linke - Wolfgang Förster:

Den Reichtum einer Gesellschaft erkennt man nach Ansicht von Herrn Förster nicht am Verhältnis von jung zu alt, sonst wäre Afrika sehr reich, sondern an der Leistungsfähigkeit ihrer Mitglieder.

Die Bürger zahlen die Zeche für eine seit Jahrzehnten verfehlte Wirtschaftspolitik, die einseitig nur das Vermögen stärkt. Beklagt werden bei den Haushaltsdebatten immer die Pflichtausgaben im Sozialbereich. Dabei wird kein Wort verloren über die Ausgaben für den nicht gewollten Ausbau des Flugplatzes oder die Kosten einer Fernwärmeleitung aus einem Kohlekraftwerk, das reichlich CO₂ emittiert.

Die Streichung der Kostenerstattung bei der Unterkunft durch die Bundespolitik belasten die Kommunen zusätzlich. In Speyer hüh, in Mainz und Berlin hott - das ist keine akzeptable Politik der etablierten Parteien.

Eine Teilnahme am Entschuldungsfond wird durch die Linke abgelehnt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung dürfen nicht zur Laviermasse für Einsparungen werden. Einen armen Staat können sich nur Reiche leisten.

Die Linke lehnt den Haushalt 2011 ab.

Beschluss:

Der Stadtrat verabschiedet mehrheitlich die Haushaltssatzungen 2011 mit den Haushaltsplänen der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung, der Waisenhausstiftung und der Kolbstiftung, bei 4 Gegenstimmen (BGS-Fraktion, Die Linke).

Protokollnotiz: Die Stadtratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen stimmen den Teilen des Haushalts, die den Verkehrslandeplatz Speyer betreffen, nicht zu.

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.12.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: 2. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 0401/2010

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die 2. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010, mit der der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung gemäß § 4 der Haushaltssatzung von bisher 115.000.000 EUR um 5.000.000 EUR auf 120.000.000 EUR erhöht wird.

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.12.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

**Gegenstand: Kommunalen Entschuldungsfonds;
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 22.11.2010
Vorlage: 0410/2010**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Dr. Jung erklärt, er habe die Wünsche der anderen Fraktionen in den Haushaltsreden vernommen. Da kein erhöhter Zeitdruck besteht, ist die CDU-Fraktion damit einverstanden, den Antrag in den Haupt- und Stiftungsausschuss zu verweisen. Dazu sollte man noch Experten von außen, z.B. Ministerium und Städtetag, einladen.

Beschluss:

Im Einvernehmen mit der CDU-Stadtratsfraktion wird der Tagesordnungspunkt einstimmig in die Sitzung des nächsten Haupt- und Stiftungsausschusses zur intensiveren Vorberatung verwiesen.

**Gegenstand: Bürgerbeteiligung an regenerativen Energieinvestitionen;
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 28.11.2010
Vorlage: 0416/2010**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die mündliche Begründung erfolgt durch Herrn Rottmann. Er weist darauf hin, dass die Bürgeranteile an der Photovoltaikanlage auf dem Müllberg eine Verzinsung von 3 % erbringt. Er betrachtet ein solches Angebot als gute Gelegenheit, um den Stadtwerken Mittel für den weiteren Ausbau regenerativer Energien zuzuführen. Dabei regt er eine gesplittete Höhe der Zinsen für Kunden und Nichtkunden an; dadurch könnten die Stadtwerke evtl. zusätzliche Kunden gewinnen.

Herr Schütt äußert, er wisse gar nicht, warum dieser Antrag überhaupt gestellt wurde. Eine finanzielle Bürgerbeteiligung findet doch bereits statt, die Photovoltaikanlage wurde dadurch ja erst möglich. Bündnis 90/Die Grünen sind der Auffassung, man müsse diesen Antrag nicht beschließen, sondern als Bestandteil in das Klimaschutzkonzept aufzunehmen.

Herr C. Ableiter verweist auf die Unterschiede der Bundesländer RLP und BW beim Anteil der Windenergie an der gesamten Energieerzeugung (7 % zu 0,7 %). Dies zeige deutlich die CDU-Politik auf diesem Sektor.

Herr Rottmann erläutert, man solle nicht abwarten, bis das Klimaschutzkonzept greift. Der Antrag zielt darauf ab, sofort Mittel für die Stadtwerke zum Ausbau regenerativer Energieanlagen zu gewinnen.

Beschluss:

Der Stadtrat spricht sich dafür aus, Privatpersonen und Unternehmen ab dem kommenden Jahr die Möglichkeit zu geben, sich an der Finanzierung des Investitionsprogramms der Stadtwerke Speyer zur Erreichung einer 100% regenerativen Energieversorgung zu beteiligen. Hierzu sollen von den Stadtwerken gemeinsam mit den örtlichen Banken geeignete Finanzierungsmodelle erarbeitet werden.

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.12.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

Gegenstand: Fahrradabstellplätze Supermarkt Füllhorn;
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.11.2010
Vorlage: 0417/2010

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Beschluss:

Der Stadtrat verweist den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig zur abschließenden Behandlung in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr.

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.12.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

Gegenstand: Fahrradabstellplätze Kinderhort Flohkiste;
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.11.2010
Vorlage: 0418/2010

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Beschluss:

Der Stadtrat verweist den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig zur abschließenden Behandlung in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr.

**Gegenstand: Ordnungsdienst in Speyer;
Anfrage und Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 28.11.2010
Vorlage: 0419/2010**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Beigeordneter Scheid beantwortet den Anfrageteil wie folgt:

1.) Welche städtischen Behörden kontrollieren bislang wie oft und mit welchem Ergebnis in den Abend- und Nachtstunden die Einhaltung jugendschutzrechtlicher Bestimmungen?

Mitarbeiter der Abteilung für öffentliche Sicherheit und Ordnung, in einigen Fällen zusammen mit Mitarbeitern der Jugendförderung, kontrollieren bisher anlassbezogen die Einhaltung jugendschutzrechtlicher Bestimmungen. Unterstützt werden sie hierbei meist durch Kräfte der Polizei.

Anlässe sind insbesondere die so genannten Schülerpartys in der Halle 101, das Altstadtfest und das Brezelfest. Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass im Zusammenhang mit Kontrollen während des zweitägigen Altstadtfestes mehrere 100 Flaschen mit branntweinhaltigen Spirituosen durch die Ordnungskräfte konfisziert und vernichtet wurden.

2. Bestehen Pläne zu einer Reorganisation mit dem Ziel verstärkter Präsenz in den Abend- und Nachtstunden?

Es bestehen Pläne, die vier Vollzugsdienstmitarbeiter der Abteilung Sicherheit und Ordnung, die drei männlichen Vollzugsdienstmitarbeiter der Abteilung Straßenverkehr und einen Vollzugsdienstmitarbeiter der Abteilung Umwelt und Forsten einer Einsatzleitung zu unterstellen. Damit könnte ein flexiblerer Einsatz auch außerhalb der üblichen Büroarbeitszeiten gewährleistet werden.

Voraussetzung ist, dass die betreffenden Mitarbeiter einen entsprechenden Lehrgang an der Landespolizeischule besucht haben. Außerdem sind die Auswirkungen des neuen Konzepts für den kommunalen Vollzugsdienst der Stadt Speyer auf arbeitsrechtliche Punkte, beispielsweise Stellenbewertung, vereinbartes Arbeitszeitmodell etc. im Einzelnen noch zu prüfen sowie die organisatorische Änderung mit dem Personalrat abzustimmen.

Die mündliche Begründung des Antragsteiles erfolgt durch Herrn Dr. Wilke.

Frau Jaberg weist darauf hin, dass die von Bündnis 90/Die Grünen beantragte Schaffung von Jugendräumen die eigentlich richtige Reaktion auf diese Probleme wäre.

Herr Hofmann hat bereits beim Antrag der Grünen auf genau die Probleme hingewiesen, die im Antrag der CDU nun gleichlautend geschildert sind. Auch die Ausführungen des Beigeordneten bestätigen dies. Seine Äußerungen dazu seien nach der letzten Sitzung zum Teil heftig kritisiert worden.

Frau Münch-Weinmann findet die Überwachung der Einhaltung des Jugendschutzes richtig. Wichtig erscheint ihr die Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsamt. Sie zitiert aus einer kleinen Anfrage zu diesem Thema im Landtag.

Nach Kenntnis von Herrn Feinler erarbeitet der Fachbereich 2 wohl derzeit gerade ein entsprechendes Personalkonzept. Aus Sicht der SPD sollte man dieses Konzept vor einer Entscheidung abwarten.

Herr Preuß verweist auf ein verändertes Kaufverhalten. Die großen Einkaufsmärkte sind bis 22.00 Uhr geöffnet und volljährige Jugendliche können dort Alkohol wesentlich günstiger besorgen als an Tankstellen.

Herr Czerny stellt fest, dass die Räume für Jugendliche immer weiter beschnitten werden, z.B. der Bolzplatz in der Fuchsweiherstraße.

Herr C. Ableiter konstatiert, dass der Antrag von einer zahlenmäßig kleinen Gruppe spricht. Dies ist nach Auffassung der BGS eine falsche Beobachtung, wie die Zahlen des Altstadtfestes beweisen. Auch entsprechende Aussagen von Taxifahrern, die die Leute von solchen Veranstaltungen an der Halle 101 abholen, würden dies bestätigen. Er schlägt vor, evtl. im Jugendhilfeausschuss darüber zu sprechen. Die Polizei klagt über ein massives Vollzugsdefizit durch den kommunalen Ordnungsdienst, da die Polizei an sich nur für Straftaten zuständig ist.

Aus der Sicht von Herrn Dr. Wilke besteht zum Thema Schaffung von Jugendräumen ja Konsens. Der Rat soll ein Signal Richtung Verwaltung aussenden, dass über eine Veränderung des persönlichen, zeitlichen Arbeitseinsatzes nachgedacht werden soll. Ziel ist es, den Vollzugsdienst schlagkräftiger zu machen.

Herr Pade appelliert seitens der SPD nochmals, die Verwaltung erstmal ihre Arbeit machen zu lassen. Danach kann die Politik immer noch eingreifen.

Nach Auffassung des Vorsitzenden handelt es sich um einen harmlosen Antrag, der als Appell an die Verwaltung zu verstehen ist. Eine Personalmehrung wird seinerseits nicht gesehen. Nach dem Weggang der Mitarbeiter der Lebensmittelkontrolle wird darüber zu entscheiden sein, ob die Stellen wegfallen oder evtl. in den allgemeinen Vollzugsdienst investiert werden. Allerdings sollte man die Polizei nicht aus der Verantwortung nehmen. Körperverletzung und Sachbeschädigung stellen nach wie vor Straftatbestände dar, die nicht in der Verantwortlichkeit des kommunalen Vollzugsdienstes stehen, der einer marodierenden Gruppe Halbstarker ohnehin nicht gewachsen wäre.

Laut Frau Wöhlert geht es der CDU nur um die Verbesserung der Kontrolle neuralgischer Punkte, nicht um eine Einmischung in Schlägereien. Das Thema Jugendräume hat damit primär nichts zu tun. Sie zitiert die Aussage einer Jugendlichen, wonach in Speyer nichts los wäre, also müsse man sich besaufen. Nach ihrer Ansicht sind genügend Vereine und sonstige Einrichtungen vorhanden, die Aktivitäten für Jugendliche anbieten.

Herr Dr. Lorenz äußert Verständnis für das Bedürfnis nach Sicherheit und schlägt vor, auch der Jugendstadtrat solle sich damit beschäftigen. Dieser kann sich damit nach Auffassung des Vorsitzenden zwar befassen, wird aber keine Entscheidungen zum kommunalen Vollzugsdienst treffen können.

Herr Röbosch bringt seinen Stolz auf die vielen jungen Leute zum Ausdruck, die sich nicht so verhalten.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, bei 5 Enthaltungen der SPD-Stadtratsfraktion, ohne Gegenstimmen zu.

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.12.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8

Gegenstand: Änderung der Stiftungssatzung der Bürgerhospitalstiftung
Vorlage: 0397/2010

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die in der Vorlage formulierte Änderung der Stiftungssatzung der Bürgerhospitalstiftung.

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.12.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

Gegenstand: Änderung der Stiftungssatzung der Waisenhausstiftung
Vorlage: 0399/2010

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die in der Vorlage formulierte Änderung der Stiftungssatzung der Waisenhausstiftung.

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.12.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

Gegenstand: Satzung für die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagesstätten der Stadt Speyer und in der Kindertagespflege
Vorlage: 0306/2010/1

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Münch-Weinmann weist darauf hin, dass in der Satzung durchgängig auf eine geschlechtsspezifisch neutrale Personenbezeichnung bzw. auf die Führung des weibl./männl. Titels geachtet werden soll, z.B. in § 6 Abs. 2 des Satzungsentwurfs.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses vom 27.10.2010 beschließt der Stadtrat einstimmig die in der Vorlage formulierte Satzung.

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.12.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

**Gegenstand: Errichtung der "Martha-Eugenie-Purmann-Stiftung", Satzungsentwurf
Vorlage: 0385/2010**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Verabschiedung des vorliegenden Satzungsentwurfes für die „Martha-Eugenie-Purmann-Stiftung“.

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.12.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12

Gegenstand: Klimaschutzkonzept der Stadt Speyer
Vorlage: 0389/2010

Die Vorlage und die ergänzende Tischvorlage sind dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Czerny wirft die Frage auf, ob die Arbeitsgruppe in der Zukunft noch tagt. Wenn ja, sollte je ein Vertreter pro Fraktion beteiligt werden. Der Vorsitzende führt hierzu aus, die Fraktionen und Gruppierungen werden zu den Sitzungen eingeladen und entscheiden über Teilnahme bzw. Nichtteilnahme eigenverantwortlich.

Herr Claus Ableiter vermisst in der Vorlage die Formulierung zur Festlegung auf Erdgasbusse anstelle von Elektrobussen. Die BGS-Fraktion stimmt einer solchen Festlegung nicht zu.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig das beigelegte Klimaschutzkonzept der Stadt Speyer mit dem Szenario „Klima Plus“, einer CO₂-Reduzierung von 25 % bis zum Jahre 2020.

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.12.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13

Gegenstand: Namensgebung für die neu errichtete Integrierte Gesamtschule
Vorlage: 0344/2010

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Auf Nachfrage von Herrn C. Ableiter zur Namenslänge erläutert Frau Bürgermeisterin Kabs, dass der Schultyp in den Namen der Schule integriert werden muss.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Schulträgerausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig, dass die neu errichtete Integrierte Gesamtschule nach dem Speyerer Verleger, Publizisten und Politiker Georg Friedrich Kolb benannt wird und künftig den Namen „Integrierte Gesamtschule und Realschule plus Georg-Friedrich-Kolb“ tragen soll.

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.12.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 14

Gegenstand: Umbenennung des Fremdenverkehrsausschusses

Beschluss:

Auf Anregung aus dem Ausschuss vom 22. Juni 2010 beschließt der Stadtrat einstimmig, den Fremdenverkehrsausschuss umzubenennen in "Ausschuss für Tourismus".

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.12.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 15

**Gegenstand: Aufstockung der Finanzausstattung; Antrag des Beirats der Stadt Speyer für Migration und Integration der Stadt Speyer vom 29.11.2010
Vorlage: 0420/2010**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf den Antrag des Beirates und schlägt als pragmatische Lösung vor, der Beirat möge eine Zusammenstellung der geplanten Dienstreisen, Besprechungen und Fortbildungsveranstaltungen für die Beiratsmitglieder und den dafür geschätzten Kostenrahmen vorlegen. Danach kann der Stadtrat im Rahmen des Nachtragsaushaltes über eine Bewilligung entscheiden.

Dem Einwand des Beiratsvorsitzenden, Herrn Kostić, er könne nicht planen, wenn er keinen Mittelansatz dafür zur Verfügung habe, wird nicht stattgegeben. Im Hinblick darauf, dass dem Beirat bereits Räumlichkeiten samt Nebenkosten und die Telekommunikationsmöglichkeiten im Haus der Vereine kostenlos zur Verfügung gestellt werden, sollen dem Stadtrat konkrete Planungen und Zahlen zur Entscheidung vorgelegt werden.

Dem schließt sich der Rat ohne Gegenstimmen an.

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.12.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen

Ausschussumbesetzungen werden nicht beantragt.

Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 0421/2010

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Nach Versand der Sitzungsunterlagen gingen noch folgende Spenden bei der Stadt ein

Spendeneingänge - Übersicht nach § 94 Abs. 3 GemO												
Ifd. Nr.	Zuwender(in)	Empfänger(in)	Höhe (€)	Verwendungszweck	Art der Zuwendung							
					Geld	Sach	Sonstiges	Spende	Sponsoring	Schenkung	Erbschaft	andere
98	Tomoko Moser, Bertha-Treib-Str. 3, Speyer	FB 4, 450	150,00	Für Basteltage 2010	x			x				
99	Förderverein Haus der Kinder St. Hedwig, Benno Biedermann, Heinrich-Heine-Str. 8, 67346 Speyer	FB 4, 450	430,00	Für Kinder- und Jugendflohmarkt	x			x				
100	Kreis- und Stadtparkasse Speyer	Stadtverwaltung Speyer	80.000,00	Verschiedenes	x			x				

Die Zuwendungen der Sparkasse sollen vorbehaltlich der Entscheidung in der Sitzung des Verwaltungsrates der Kreis- und Stadtparkasse am 20.12.2010 vorab beschlossen werden, da eine Auszahlung aus steuerlichen Gründen noch dieses Jahr erfolgen muss. Die Sparkasse will 100.000 € Stiftungsmittel ausschütten, die sich wie folgt verteilen:

- 30.000 € - Eugenie-Martha-Purmann-Stiftung
- 25.000 € - Kulturstiftung der Stadt Speyer
- 25.000 € - Stiftung der Stadt Speyer für Bildung und Sport
- 10.000 € - Stiftung für Behinderte (IBF)
- 10.000 € - Stiftung des Historischen Vereins

Der Stadtrat hat über die Positionen 1-3 zu entscheiden (80.000 €).

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

Gegenstand: Verabschiedungsansprache für den Vorsitzenden durch das dienstälteste Ratsmitglied Margarete Boiselle-Vogler

Frau Boiselle-Vogler nimmt die letzte Arbeitssitzung des Rates in diesem Jahr zum Anlass, um Herrn Oberbürgermeister Schineller als Vorsitzenden aus dem Kreis des Stadtrates zu verabschieden. Sie nimmt dabei darauf Bezug, dass bereits 1995 sie es war, die als dienstältestes Ratsmitglied dem neuen Oberbürgermeister die Amtskette überreichte. Fast 16 Jahre später ist es - immer noch als dienstältestes Ratsmitglied - ihre Aufgabe, den OB in den Ruhestand zu verabschieden.

Sie gibt einen kurzen Aufriss über die Tätigkeiten von Herrn Schineller seit seiner Amtseinführung als Bürgermeister 1981. Speyer hat in den 16 Jahren seiner Tätigkeit als OB eine aufstrebende Entwicklung von einem beschaulichen Städtchen zu einem Touristenmagneten genommen. Er war all die Jahre immer am Puls der Bevölkerung. Die politischen Verhältnisse wurden infolge der Parteienaufsplitterung in dieser Zeit nicht einfacher.

Der Neubau der Speyerer Synagoge wird als sein Verdienst den Menschen in Erinnerung bleiben.

Sie dankt ihm im Namen des Stadtrates für die gute Zusammenarbeit und die souveräne Sitzungsleitung mit einem Champagner-Präsent.

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.12.2010



11. Sitzung des Stadtrates 09.12.2010 **Werner Schineller**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!